

Vorlage Nr. III/15/2018
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Praxisintegrierte Erzieher/innen-Ausbildung (PIA)

A Problem

Derzeit wird in der Stadt Bremerhaven die Erzieher/-innen-Ausbildung an den Berufsbildenden Schulen Sophie Scholl mit maximal drei Klassen pro Jahrgang als rein schulische Ausbildung angeboten.

Die Senatorin für Kinder und Bildung hat im Dezember 2016 erstmalig zu einem Gespräch zur Entwicklung einer praxisintegrierten Erzieher/innen-Ausbildung eingeladen. Hintergrund hierzu sind die steigenden Fachkräftebedarfe sowie die Erhöhung der Attraktivität des Ausbildungsberufes.

Die damalige Zielsetzung war, dass für die Fachschulen eine Verordnung entwickelt werden soll, die einen Modellversuch ermöglicht, eine praxisintegrierte Ausbildung erstmalig zum Schuljahr 2017/2018 zu starten.

Neben Vertretern der Stadt Bremen waren auch Vertreter der Stadt Bremerhaven an diesen Gesprächen beteiligt. Ein letztmalig angesetzter Termin in 2017 wurde von der Senatorin für Kinder und Bildung kurzfristig abgesagt. Eine weitere Bearbeitung auf Landesebene zu dieser Thematik erfolgte nicht.

Zwischenzeitlich wurde der Magistrat der Stadt Bremerhaven davon in Kenntnis gesetzt, dass in der Stadt Bremen mit einem privaten Schulträger eine praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung zum Schuljahr 2018/2019 begonnen werden soll.

Bei der weiteren Sondierung dieser Angelegenheit wurde geprüft, inwiefern die berufsbildenden Schulen Sophie Scholl, ebenfalls eine praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung kurzfristig umsetzen könnten.

Die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen, sprich eine entsprechende eigenständige Verordnung für diese Ausbildungsform liegt nicht vor und bedarf nach Auskunft der Senatorin für Kinder und Bildung eines längeren Vorlaufs.

In der Stadt Bremen wurde hier die Variante gewählt, dass für die Umsetzung bei einer Privatschule eine entsprechende Verordnung nicht erforderlich ist, sondern lediglich eine geeignete Prüfungsordnung erstellt werden muss.

Vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs und der zu beobachtenden Tendenz, dass Anerkennungspraktikanten nach der Ausbildung in Bremerhaven, die durch das Land Bremen finanziert wurden, in das niedersächsische Umland abwandern, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht alle Berufsanerkennungspraktikanten-Stellen beim Magistrat und bei den freien Trägern besetzt. Die sich daraus ergebende Finanzressource ermöglicht eine Finanzierung der Ausbildungsgehälter für eine praxisintegrierte Ausbildung. Nach dem derzeitigen Sachstand ist

eine Umsetzung zum Sommer 2018 nicht möglich.

B Lösung

Der Magistrat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung unverzüglich eine Landesverordnung zur Regelung einer praxisintegrierten Erzieher/-innen-Ausbildung in die politischen Gremien einzubringen. Alternativ ist zu prüfen, ob über einen Schulversuch mit einem Vertrag zwischen der Schulaufsicht und der berufsbildenden Schule Sophie-Scholl eine Umsetzung möglich ist.

Weiter bittet er das Personalamt und das Amt für Jugend, Familie und Frauen um intensive Prüfung, inwiefern aus frei werdenden Ressourcen durch nicht besetzte Berufspraktikantenstellen eine Finanzierung von Ausbildungsgehältern zum Schuljahr 2019/2020 machbar ist und eine entsprechende Beschlussvorlage vorzubereiten.

Weiter bittet er die berufsbildenden Schulen Sophie Scholl sich inhaltlich auf eine praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung von mindestens einer Klasse vorzubereiten. Ab Sommer 2019 soll eine Klasse an den Berufsbildende Schulen Sophie Scholl als praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung angeboten werden. Die weiteren Ausbildungsmöglichkeiten einer schulischen Ausbildung sollen mit zwei Klassen erhalten bleiben.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Mit dem hier zu beschließenden Prüfauftrag sind zum jetzigen Zeitpunkt keine wirtschaftlichen Folgen darstellbar.

Die Geschlechtergerechtigkeit ist sichergestellt. Die Belange von Klima und Sport sind nicht berührt. Ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind durch den Beschluss nicht in besonderer Weise betroffen. Eine örtliche Betroffenheit des Stadtteils liegt nicht vor.

E Beteiligung/Abstimmung

Dezernat III, Dezernat IV, Personalamt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird gewährleistet.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt, dass die Senatorin für Kinder und Bildung gebeten wird unverzüglich eine Verordnung für eine praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung auf Landesebene in die politischen Gremien einzubringen. Alternativ ist zu prüfen, ob über einen Schulversuch mit einem Vertrag zwischen der Schulaufsicht und der berufsbildenden Schule Sophie Scholl eine Umsetzung möglich ist.

Weiter bittet er das Personalamt und das Amt für Jugend, Familie und Frauen um Prüfung, ob freie Finanzkapazitäten aus nicht besetzten Berufspraktikanten-Stellen im Bereich der städtischen Einrichtung sowie im Bereich der Zuwendungen der freien Träger genutzt werden können, um das Ausbildungsgehalt für eine integrierte Ausbildung sicherzustellen.

Weiter bittet er die berufsbildenden Schule Sophie-Scholl um inhaltliche Vorbereitung einer praxisintegrierten Erzieher/-innen-Ausbildung.

Dr. Schilling
Stadträtin